

ANTRAG

Gremium: XXXI. Bundeskongress

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 12.c. Allgemeine Anträge

A1NEU2: Ruhe in Freiheit

Antragstext

1 In Österreich herrscht Bestattungspflicht. Es unterscheidet sich allerdings von
2 Bundesland zu Bundesland, wie diese ausgestaltet ist und welche Möglichkeiten
3 der Bestattung es gibt. Während in anderen Ländern moderne Bestattungsarten wie
4 Natur- oder Diamantbestattungen bereits etabliert sind, sind im Großteil
5 Österreichs nur Erd- und Feuerbestattungen mit Beisetzung in Friedhöfen erlaubt,
6 andere Formen bestenfalls mit erheblichem Bürokratieaufwand oder in Form
7 gesetzlicher Graubereiche. Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern daher eine
8 Liberalisierung der zulässigen Bestattungsarten. Solange der Wille des/der
9 Verstorbenen sowie die Pietät gewahrt werden und keine sanitären Bedenken
10 bestehen, soll nicht der Staat vorgeben, welche Formen der Bestattung infrage
11 kommen.

12 Zudem ist derzeit stark eingeschränkt, wo Bestattungen stattfinden dürfen. Wir
13 Junge liberale NEOS – JUNOS plädieren für mehr Freiheit bei der Wahl des
14 Bestattungsorts, solange die Liegenschaftseigentümer:innen ihr Einverständnis
15 geben und keine öffentlich- oder nachbarrechtlichen Interessen dem
16 entgegenstehen und die Bestattung sachgemäß durchgeführt wird. Insbesondere
17 soll es auch unkompliziert möglich sein, dass Angehörige eine Urne zu Hause
18 aufbewahren, und nicht de facto automatisch Friedhofsgebühren zahlen müssen.
19 Wenn physische Überreste von Leichen außerhalb anerkannter Bestattungsstätten
20 beigesetzt werden, muss der Bestattungsort bei der Bezirkshauptmannschaft
21 vermerkt werden. Gleichzeitig sollen Familien nicht rein aus finanziellen
22 Gründen von Friedhofsbeerdigungen abweichen müssen, falls Sie diese
23 präferieren, daher sollen in geeigneter Art und Weise Informationsmaterialien zu

24 finanzieller Unterstützung im Bereich Bestattung verfügbar gemacht werden.

25 Bei vielen Entscheidungen im Rahmen von Bestattungen, wie etwa der Wahl des
26 Bestattungszeitpunkts oder des Aufbahrungsorts, gelten standardmäßig sehr
27 strikte Vorgaben, für die bei Abweichungen sehr willkürlich Bewilligungen durch
28 Bürgermeister:innen, Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften oder Landesregierungen
29 benötigt werden. Hier sollten einheitlichere und nachvollziehbare
30 Zuständigkeiten geschaffen werden, die Bestattungen unabhängiger von politischen
31 Entscheidungsträger:innen machen.